

Großes Waffendepot in Dülmen

Ehemaliges Militärdepot der Briten von der US Army übernommen - Proteste von Friedensgruppen

Seit September 2016 ist die Katze aus dem Sack. Das ehemalige britische Militärdepot in Dülmen wurde von den US-Amerikanern übernommen, die dort ein Militärdepot anlegen wollen. Das Gelände der ehemals britischen Tower Barracks hat eine direkte Verkehrsanbindung an die Eisenbahnstrecke zwischen Münster und dem Ruhrgebiet, durch die BAB 43 und durch die in der Nähe verlaufende B 474 von Dülmen Richtung Lüdinghausen. Panzer und anderes schwere Gerät sind somit relativ gut aus dem Depot hin zu einem möglichen Einsatzort außerhalb zu transportieren. Der Standort Dülmen wird somit zur Drehscheibe US-amerikanischer Militärstrategie und Politik. Nach dem Abzug der Briten im Jahr 2011 werden die US-Streitkräfte dort ihr Depot aufbauen. Nachdem die Briten vor einigen Jahren angekündigt hatten, dass sie sich aus dem Standort Dülmen zurückziehen würden, hatte die US-Army ihren Anspruch auf eine weitere militärische Nutzung

des Geländes bekräftigt. Die Stadt Dülmen war damals nicht darüber informiert worden und musste in diesem Jahr überrascht zur Kenntnis nehmen, dass ihre zivilen Planungen hinsichtlich des Geländes nur Makulatur sind. Dülmen hatte unter anderem geplant, dort eine Flüchtlingsunterkunft zu errichten. Da das Gelände der Bundesanstalt für Immobilien gehört, war dieser Wechsel ohne weitere Probleme möglich. Die in der letzten Zeit zunehmenden Spannungen zwischen den USA und Russland lassen vermuten, dass das US-Verteidigungsministerium die Absicht hat, im Ernstfall Truppen und Material schnellstmöglich in den Osten an die Grenze zu Putins Reich zu verlegen. Säbelrasseln auf hohem Niveau als Ergebnis einer Politik der Nato Osterweiterung und des Krieges zwischen Russland und der Ukraine. Der ehemalige Nato-Oberbefehlshaber, der US-General Breedlove, äußerte sich im April 2016 dazu, dass das Militär die Aufgabe habe, „zurück zum



Geschäft der Kriegsplanung zu kommen.“ Auch die Nuklearwaffen könnten in diesem Zusammenhang als Möglichkeit in Betracht gezogen werden. Von 1969 bis 1992 lagerten in Dülmen bereits mit Hilfe der USA atomare Sprengköpfe für Kurzstreckenraketen und Artille-

rieggranaten für Panzerhaubitzen. Die Friedensbewegung fordert eine zivile Nutzung des Geländes und hat ihren Widerstand gegen die US-amerikanischen Pläne angekündigt. Auch andere Gruppen im Kreis COE werden sich an dem friedlichen Protest beteiligen.

Die Rentenhöhe ist kein Problem zwischen Jung und Alt - sie soll dazu gemacht werden

Mit der durch die Bundesregierung geplanten Erhöhung der Renten in unserem Land kommt wie immer bei solchen Plänen die Frage nach der Finanzierung der Kosten

für solche eine Maßnahme auf. Dabei wird von interessierter Seite, nämlich den Gegnern einer solidari-



schon Rente, immer gerne Stimmung gegen die angeblich überhöhten Ansprüche deutscher Rentner mit dem Ziel gemacht, einen Keil zwischen Jung und Alt zu treiben. Damit sollte erreicht werden, dass zusätzlich zu der gesetzlichen Rente noch eine kapitalgedeckte als zweite Säule aufgebaut werden kann. (Fortsetzung Seite 2)

CETA - noch ist nichts entschieden

Auch wenn die Politik so tut, allen voran Jean-Claude Juncker, EU-Kommissionspräsident, mit dem Beschluss der EU, CETA vorläufig anzuwenden, ist nur ein erster Schritt zur endgültigen Ratifizierung des CETA-Vertrages getan. Letztendlich müssen die nationalen Parlamente der einzelnen EU-Staaten dem Vertragswerk noch zustimmen. Das allerdings ist in einigen Ländern noch nicht sicher vorauszusagen. In der Bundesrepublik, wo auch noch der Bundesrat zustimmen muss, haben die Gegner des Vertrages die Chance, dass CETA nicht einfach so durchge-

wunken wird. In Bayern laufen die Vorbereitungen für einen Volksentscheid auf Hochtouren. In NRW werden im Rahmen einer Volksinitiative Unterschriften gesammelt. Diese Unterschriften sollen das NRW-Parlament dazu auffordern, über CETA extra abzustimmen. Diese demokratische Möglichkeit bietet die NRW Verfassung. Es werden ca 67000 Stimmen benötigt. Mehr als 14000 sind schon gesammelt worden. Die Aktion läuft noch bis Mai 2017 in vielen Städten und Gemeinden. Auch im Kreis COE sind die Gegner unterwegs, um das Ziel zu erreichen.

Die Rentenhöhe ist kein Problem zwischen Jung und Alt - sie soll dazu gemacht werden

Fortsetzung von Seite 1

Seit 1992 wird die gesetzliche Rente in Deutschland demontiert. Die, die heute arbeiten, zahlen die Renten derjenigen, die heute Rentner sind. So war es von Anfang der Bundesrepublik an. Unter Kohl und Schröder wurden dann die sogenannten Reformen verschärft. Die Reduzierung des Rentenniveaus von anfangs 70% auf 50% bis 2030 und weiter auf 45% führt zu einer immer größer werdenden Bedrohung unseres Gemeinwesens, der Altersarmut. Erinnern wir uns: 1992 - Anhebung der Altersgrenzen, Kürzung von Anrechnungszeiten, 2001 - Ende der paritätischen Teilung zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil, Verschlechterung der Leistungen durch private Vorsorge zu Gunsten von Arbeitgebern, Banken und Versicherungen. Grund für das alles war die Sorge vor dem „demografischen Wandel und sei-

nen drastischen Auswirkungen in 50 Jahren“. Weitaus gewichtigere Gründe wurden der Öffentlichkeit verschwiegen. Zum einen wären da die die versicherungsfremden Leistungen und die Massenarbeitslosigkeit zu nennen. Beides wurde in der Öffentlichkeit nicht bekannt gegeben. Der aus Koblenz kommende Professor für Statistik Gerd Bosbach, Mitglied in der „Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik“ hält, eine 50-Jahres-Prognose für eine „moderene Kaffeesatzleserei“. Es handele sich bei solchen Vorhersagen über solch lange Zeiträume eher um „Prophetie“ als um seriöse und exakte Berechnungen. Was wir brauchen ist eine wirkliche Umstellung hin zu einer gestärkten gesetzlichen Rente und weg von einer privaten Vorsorge, die für viele kaum bezahlbar ist und die in Krisenzeiten, so wie heute, kaum Zinserträge abwerfen.

Weil Freihandel die Demokratie beseitigt



unterschreiben Sie die Volksinitiative
Informationen unter www.attac-coe.de

Nicht gemeinnützig?

Sind politische Aktivitäten mit Gemeinnützigkeit vereinbar? Diese Frage versuchen jetzt Gerichte zu klären. Das Finanzamt Frankfurt hat Attac Deutschland die Gemeinnützigkeit aberkannt. Nun muss geklärt werden, ob politische Aktionen von Vereinen nicht gestattet sind, so dass sie ihre Gemeinnützigkeit verlieren können. Das Gesetz verbietet nur, Parteien eine Gemeinnützigkeit zu bescheinigen. Wir als Attac verfolgen das Ziel der politischen Bildung, welche zu politischer Meinungsbildung und schließlich auch zu einem realen Engagement der Bürger in der Politik führen kann. Bürgerbeteiligung ist von vorne herein immer auch politisch und gemeinnützig. Diese Position vertreten wir von Attac auch vor Gericht. Es muss grundsätzlich juristisch geklärt werden, ob unsere Ansicht richtig ist, weil auch andere Vereine und Bürgerinitiativen sonst in der Gefahr stehen, ihre Gemeinnützigkeit zu verlieren. Attac setzt sich ein für eine Umverteilung des globalen Reichtums, eine strenge Regulierung der Finanzmärkte, gerechten Welthandel und umfassende soziale Sicherheit. Aktuell engagiert sich das Netzwerk vor allem gegen die geplanten Freihandelsabkommen der EU mit Kanada und den USA. Bei von Attac mit organisierten Demonstrationen sind am 17. September bundesweit mehr als 300.000 Menschen gegen CETA und TTIP auf die Straße gegangen. Wir brauchen mehr Attac: mehr Einmischung, mehr Engagement und weniger Politikverdrossenheit! Dafür treten wir ein und werden das auch in Zukunft tun.

Altersvorsorge reformieren

Die gesetzliche Rente ist unschlagbar - man muss es auch wollen

Die Finanzkrise hat es deutlich gemacht. Eine privat finanzierte, kapitalgedeckte Rente wird leicht zum Spielball internationaler Spekulanten und Krisen. Die seit 2007 andauernde Krise des Finanzsystems hat zu einer Null-Zins Phase bei den Banken geführt, die natürlich die Zinserträge gegen null und minus tendieren lässt. Mit Beginn der Demontage der gesetzlichen Rente begann eine beispiellose Werbekampagne der privaten Versicherer für eine kapitalgedeckte Rente. Die Politik unter Kohl und Schröder hatte ihnen den Zugriff auf den äußerst lukrativen Markt der privaten Rentenversicherer geöffnet. Wie aus dem Zauberhut war da plötzlich die „Riester-Rente“, ein völlig untaugliches Werkzeug zur finanziellen Absicherung im Alter. Lebensversicherungen mit phantasievollen Erträgen gaulten den Versicherungsnehmern große Erträge vor, die sie nie bekommen werden. Denn plötzlich gab es da die Finanzkrise, ausgehend von den USA. Obwohl namhafte US-Ökonomen die Bush-Regierung gewarnt hatten, dass da eine riesige Immobilienblase platzen würde, hatten die deutschen Versicherer und Banken ebenfalls auf die faulen US-Papiere gesetzt und hatten da-

mit auch Schiffbruch erlitten. Das Grundproblem kapitalgedeckter Altersvorsorge sind in erster Linie die auf dem freien Kapitalmarkt zu erzielenden Gewinne, aus denen die Versicherer die Erträge der Rentenscheine erzielen müssen. Je weniger Zinsen desto weniger Erträge. Und da liegt der Nachteil der privaten Rente. In Zeiten wie heute mit einem von Geld überschwemmten Kapitalmarkt können private Träger keine Gewinne erzielen. Die private



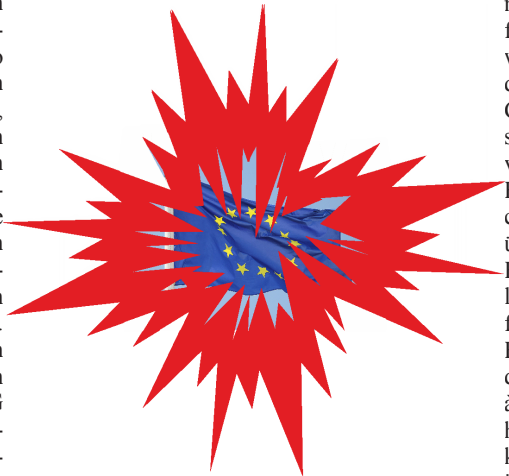
Absicherung wird damit zu einem Hochrisikogeschäft. Dagegen hilft eigentlich nur die gesetzliche, auf dem Generationenvertrag basierende Rente. In den vergangenen Jahren haben es diejenigen, die ihr Geld mit dem Verkauf von privaten Rentenscheinen verdient haben, geschafft, durch gezielte Fehlinformationen das Vertrauen in die Generationenrente zu erschüttern. Jetzt kommt das böse Er-

wachen. Die finanzielle Schiefelage der gesetzlichen Rentenversicherer entstand auch nicht zuletzt aufgrund der stetig anwachsenden Zahl von Geringverdiener- und Minijobs. Wer in seinem Berufsleben nicht genug verdienen kann, weil er seine Arbeitskraft zu einem geringen Lohn verkaufen muss, der kann auch keine großen Rentenbeiträge einzahlen, was wiederum zu einer Austrocknung der Rentenkassen führt. Es muss dringend eine Reform der Rentenversicherung herbeigeführt werden, die den Namen „Reform“ auch verdient. Es gibt mehrere Optionen, die es zu bedenken und zu prüfen gilt. Was spricht dagegen, dass alle Einkünfte einer Person zur Rentenbeitragsfindung herangezogen werden. Außerdem wäre eine Rentenversicherungspflicht für alle, auch für die Selbstständigen, die Freiberufler und die Beamten wünschenswert. Ganz selbstverständlich muss der Staat verpflichtet werden, eventuelle Defizite in den Rentenkassen auszugleichen. Mindestlöhne müssten auf 12 Euro pro Stunde angehoben werden. Leiharbeiter müssen den gleichen Lohn bekommen, wie die festangestellten Mitarbeiter in den Firmen, in die die Leiharbeiter entsendet werden. Auch eine gesetzliche Mindestrente muss geschaffen werden. Betriebsrenten sollten vom Staat gefördert werden.

Die EU am Scheideweg

Reform der europäischen Union dringend notwendig Ein Auseinanderbrechen wäre für die Menschen fatal

Die EU steht vor der größten Bewährungsprobe seit ihrem Bestehen. Die Gründe dafür liegen zum einen in ihrem Aufbau, also in ihrem Inneren, und zum anderen in den Konflikten, die von außen an sie herangetragen werden. Seit ihrem Beginn als EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft) ist die Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte der EU ein einzigartiger riesiger Feldversuch, da es bis dato noch niemals einen derartigen Versuch gegeben



hat, so viele selbstständige und unabhängige Länder unter einem politischen Dach zu vereinigen. Dennoch muss festgestellt werden, dass die Gemeinschaft in vielen Bereichen nicht über die Entwicklungsstufe einer Freihandelszone à la EWG hinausgekommen ist. Trotzdem es niemals eine klare politische Aussage gegeben hat, dass das endgültige Ziel der Entwicklung der EU eine Art „Vereinigte Staaten von Europa“ sein soll, ha-

ben die offiziellen Einrichtungen Brüssels zwar dafür gesorgt, dass es ein EU-Parlament gibt, dass sich im Laufe der letzten Jahrzehnte einige Kompetenzen erkämpft hat. Dennoch kann man bei diesem Parlament nicht unbedingt von einem gesamteuropäischen Parlament sprechen, sondern eher von einem Parlament, in dem die Abgeordneten aus den verschiedensten Ländern delegiert werden, um dort politisch aktiv zu werden. Anders als z.B. im Deutschen Bundestag kann man die EU-Parlamentarier nämlich nur in ihren Herkunftsländern wählen. Ein Spanier, der einen Niederländer wählen kann, das wäre ein wirkliches demokratisches Wahlrecht. Aber das ist nur ein Punkt in der langen Reihe von Vorschlägen, wie sich die EU reformieren müsste, um zukunftsfähig zu sein. Die Bürger Europas müssen sich endlich klar positionieren, wie sie sich die EU zukünftig vorstellen. Was die EU bisher an Po-

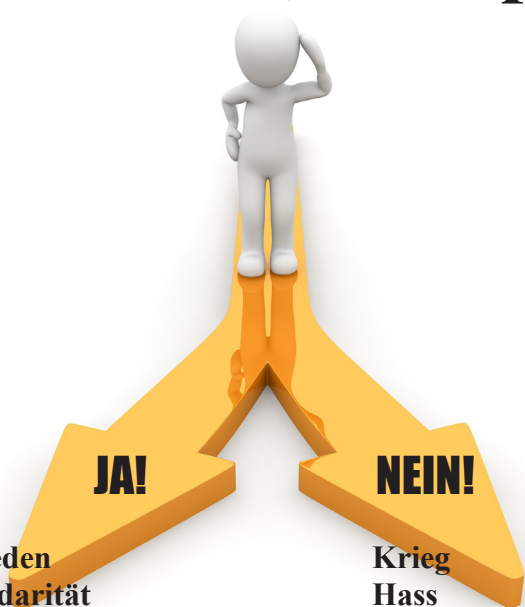
sitivem geleistet hat, ist aus dem Bewusstsein ihrer Bürger oftmals vesickert. Um nur ein paar Stichworte zu nennen: Frieden innerhalb der Region, Wegfall der Grenzkontrollen, gemeinsames Auftreten bei ökonomischen Schwierigkeiten innerhalb und außerhalb der Union, die Gründung des EU-Parlamentes, finanzielle Unterstützung von notleidenden Gebieten usw. An das Positive hat man sich gerne gewöhnt und es beinahe vergessen. Was fehlt, ist nicht nur eine gemeinsame Wirtschafts-, Währungs- und Finanzpolitik. Was fehlt, ist vor allen Dingen der absolute Wille bei vielen Bürgern, nicht wegen jeder Kleinigkeit die Solidarität mit den Partnern zu vergessen, sondern die Bedeutung der Gemeinsamkeiten zu erkennen, hervorzuheben und zu wollen. Die EU muss ein Hort der Vernunft und der Demokratie bleiben und gleichzeitig ein Ort der Solidarität und der Politik für seine Bürger werden.

EU-Reform? Ja! Wo und wie?

Die EU ist an einem Punkt angekommen, an dem ein „weiter so“ nicht mehr funktionieren kann. Das bedeutet, alles muss auf den Tisch. Als aller Erstes muss den Bürgern der EU die Möglichkeit gegeben werden, alle Politiker aus allen Ländern Europas wählen zu können. Nationale Barrieren darf es nicht mehr geben. Da alle Macht vom EU-Parlament ausgehen sollte, muss es mit viel weitgehenderen Entscheidungsbefugnissen ausgestattet werden, als das bisher geschehen ist. Mitspracherechte des Parlamentes, wie bisher, reichen nicht mehr. Des Weiteren sollte die EU-Kommission abgeschafft werden und in der Übergangszeit für längstens fünf Jahre allenfalls nur noch beratende Funktionen ausüben dürfen. Der Europäische Rat bleibt bestehen und wird in Zukunft Impulse setzen und Empfehlungen aussprechen. Die Richtlinienkompetenz des Rates wird abgeschafft. Der Rat der Europäischen Union, also die sogenannte Länderkammer wird zukünftig keine gesetzgebenden Tätigkeiten mehr ausüben

dürfen, sondern allenfalls beratende Tätigkeiten. Europäischer Gerichtshof, Europäischer Rechnungshof und Europäische Zentralbank bleiben bestehen. Bei der Zentralbank allerdings müssen die Befugnisse dringend neu festgesetzt werden. Alle Länder, die den Euro als Währung eingeführt haben, sollten eine gemeinsame Wirtschafts-, Steuer- und Finanzpolitik haben. Es ist klar, dass solche Veränderungen nicht bei allen Mitgliedsländern auf offene Ohren stoßen werden. Wenn die EU eine Zukunft haben soll, dann allerdings muss es solche Veränderungen geben. Vielleicht sollte man die Bürger fragen, wie weit sie bereit sind, solche Veränderungen zu akzeptieren. Den Ländern der EU, die solche Veränderungen nicht wollen, sollte die Gelegenheit gegeben werden, gleichzeitig weiter in der EU mit einem teilreformierten System zu bleiben, das ihnen weitestgehende Unabhängigkeit mit größtmöglicher Unterstützung der gesamten EU garantiert. Eine EU der zwei Geschwindigkeiten. Warum eigentlich nicht? - Joachim F. Gogoll -

Quo vadis, Europa?



Frieden
Solidarität
Empathie
Vernunft
Gemeinsamkeiten
Politik für die Menschen
Ausgleich

Krieg
Hass
Rassismus
Eigenbrötlerei
Grenzen
Egoismus
Trennung
Gewalt

Arbeiten bis 71 Jahre - wenn fünf Weise ein unkluges Wirtschaftsgutachten herausgeben

Als am 2.11.2016 das Wirtschaftsgutachten der sogenannten „fünf Weisen“ erschien, konnte man den Eindruck haben, dass zumindest vier der Weisen aus den Fehlern der Vergangenheit nichts gelernt hätten. Ein Renteneintrittsalter von 71 Jahren gab natürlich Zündstoff für eine breit angelegte Diskussion. Die Koppelung der steigenden Lebenserwartung der Menschen an das Rentenalter stieß bei vielen Ökonomen auf Unverständnis. Schaut man sich die Situation ein bisschen genauer an, dann stimmt es zwar, dass wir immer älter werden (bis zum Jahr 2080 - Männer 88 Jahre, Frauen 91 Jahre), dennoch generell das Eintrittsalter zu erhöhen, erscheint fehlerhaft zu sein. Auch wenn wir im Durchschnitt immer älter werden, für Ältere wird die Situation auf dem Arbeitsmarkt immer schwieriger. Ab 55 Jahren sind kaum noch adäquate Arbeitsplätze für Ältere vorhanden. Im Gegenteil, wer älter ist, dem wird gekündigt und gegen Jüngere ausgetauscht. Außerdem muss die Frage gestellt werden, wieso bei solchen Vorschlägen nicht endlich zur Kenntnis genommen wird, dass nach dem 65.

Lebensjahr die körperliche Situation oftmals nicht geeignet ist, noch länger zu arbeiten. Auch das bedeutet für viele, vor dem gesetzlichen Renteneintrittsalter unter großen Rentenminderungen in die Rente gehen zu müssen. Und das bei einer zunehmenden Zahl von Menschen, die ihren Ruhestand schon heute in Armut verbringen müssen. Grund dafür waren in ihrer Erwerbsbiografie oft prekäre Beschäftigungsverhältnisse und Minijobs, mit denen man keine ausreichende Alterssicherung erreichen kann. Solange Unternehmen Mitarbeiter mit Minilöhnen abspesen können, werden die Lebensarbeitszeitverlängerungen für mindestens 43% der abhängig Beschäftigten, die im unteren Lohnsegment sind, direkt in die Armut führen, sollten sie aus irgendwelchen Gründen nicht in der Lage sein, weiterzuarbeiten. Die Frage, die sich einem aufdrängt: Hat das Methode? Oder besser: Ist das Absicht? Haben Verfasser des Gutachtens nichts aus der immer noch existierenden Grundkrise der neoliberalen Marktwirtschaft gelernt? Oder haben sie ein irgendwie geartetes Interesse, die Menschen

weiterhin den Unternehmen als angepasste Verfügungsmasse anzubieten? Das Gutachten schlägt vor, den Steueremehrtrag in 2016 zum Schuldenabbau zu wenden anstatt das Geld an die Steuerzahler zum Teil zurückzuerstatten. Das ist falsch. Wir brauchen das Geld u.a. dringend für unsere Schulen. Seit mehr als 30 Jahren sind konservative Ökonomen der Meinung, dass nur eine begrenzt regulierte neoliberale Wirtschaft sich selber am besten regelt und davon auch die Menschen profitieren würden. Ein Hoch auf den Homo Oeconomicus, nur dass es ihn eigentlich gar nicht gibt. Auch der Mindestlohn müsse wieder abgeschafft werden, da er die flexiblen Arbeitsmärkte stören würde. Dass dem nicht so ist, beweist die Tatsache, dass seit Einführung des Mindestlohnes in Deutschland die Anzahl der Minijobs sich nicht wesentlich verändert hat. Alles in allem bietet das Gutachten den Kritikern große Angriffsflächen. Auf jeden Fall zeigt der Text, dass die Verfasser nicht bereit sind, aus den Fehlern der neoliberal ausgerichteten Ökonomie der Vergangenheit zu lernen.

Kommentar

von Joachim F. Gogoll

Jahrelang hat man gesagt, dass Unzufriedene und Abgehängte in unserem Wirtschaftssystem eigentlich von Natur aus links wählen müssten. Schon als 18-Jähriger wusste ich damals aus der Geschichte der Weimarer Republik, dass das zumindest vor hundert Jahren nicht so war. Was glaubte das deutsche abgehängte Proletariat der Weimarer Zeit eigentlich, was die damals neue Bewegung des Nationalsozialismus gegen die Weltwirtschaftskrise hätte tun können? Seit meiner Schulzeit bin ich davon überzeugt, dass auch in Deutschland im Krisenfall eher rechts als links gewählt wird. Wenn ich mir das heutige Europa so anschau, scheint es in ganz Europa so zu sein. Die Linke, die Grünen und die Sozialdemokraten haben es bei der letzten Bundestagswahl geschafft eine rot-rot-grüne Mehrheit zu erlangen. Die Chance, die sich daraus ergab, haben sie aber vertan. Die große Koalition hat es dann geschafft, dass die Abgehängten, die Frustrierten und wenig Gebildeten unter den Nichtwählern zum Teil der AFD auf den Leim gingen. Und sie werden das in Zukunft auch weiter tun, denn es ist nicht zu erwarten, dass die Politik sich großartig ändert. Das wäre aber unbedingt nötig. Wir müssen wegkommen von dem Drang nach freien Märkten und dem Glauben daran, dass solche Märkte irgendetwas Positives für die Menschen tun. Märkte bestehen auch ohne enge Grenzen und arbeiten effizient. Doch das heißt nicht, dass sie für uns Menschen das Beste leisten. Wir brauchen klare Grenzen und Regeln, innerhalb derer die Märkte handeln dürfen. Es muss uns bewusst sein, dass der abstrakte Begriff des „Marktes“ nicht anderes ist als wir Menschen, die dort agieren. Und wir müssen die Wirtschaft uns zu Nutzen machen. Das Problem der meisten Politiker von heute ist, dass sie oft zu wenig oder gar nichts von Ökonomie verstehen und sich dann der Informationen von Beratern bedienen, die schon seit Jahren immer wieder auf die Mainstream-Ökonomie setzen. Oft ist sich Politik nicht darüber im Klaren, dass eben solche Ökonomen dafür mitverantwortlich sind, dass die größte Vermögensumverteilung von unten nach oben stattgefunden hat. Die Folgen einer solchen Wirtschaft ohne Leitplanken sind eine zunehmende Verarmung immer größer werdender Bevölkerungsteile. Die Folgen für unsere Gesellschaft können jetzt schon in den Vereinigten Staaten besichtigt werden, die Spaltung der US-Gesellschaft in Arm und Reich, Nord und Süd, Weiß und Farbig. Der Präsidentschaftswahlkampf ist nur ein Ausfluss dieser gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Diese Spaltung entsteht auch bei uns, langsam und stetig.

Die Oton erscheint monatlich als Zeitung der Gruppe Attac-COE, im Internet unter www.attac-coe.de zu finden. (<http://www.attac-coe.de/?cat=21>)

Was ist Glück?

Es ist Glück, wenn man mit Leuten, mit denen man nichts zu tun haben will, auch nichts zu tun hat.

Termine

CETA-Unterschriften-sammlung
am 25.11.2016 in Lüdinghausen. Nähere Infos unter www.attac-coe.de

Impressum

Herausgeber:

Joachim F. Gogoll für Attac-COE

Redaktionsanschrift

Büro:

Detmolder Straße 9
45896 Gelsenkirchen

E-Mail:

[jfgogoll\(at\)aol.com](mailto:jfgogoll(at)aol.com)

„Die Macht des Geldes beutet eine Nation in Friedenszeiten aus und verschwört sich gegen sie in Kriegszeiten. Sie ist despotischer als eine Monarchie, unverschämter als eine Autokratie und egoistischer als eine Bürokratie.“

Abraham Lincoln - ehemaliger US-Präsident

Was bedeuten die Kürzel?

CETA = Comprehensive Economic and Trade Agreement

TTIP = Transatlantic Trade and Investment Partnership

TiSA = Trade in Services Agreement

**Wer für seine Überzeugungen kämpft, kann verlieren - wer nicht kämpft hat schon verloren!
noch Fragen?**

www.attac-coe.de